

Landstraßen sollen sicherer werden

Der Bund hat neue Baurichtlinien herausgegeben: Fünf Großprojekte in OWL sind betroffen

Von Matthias B and

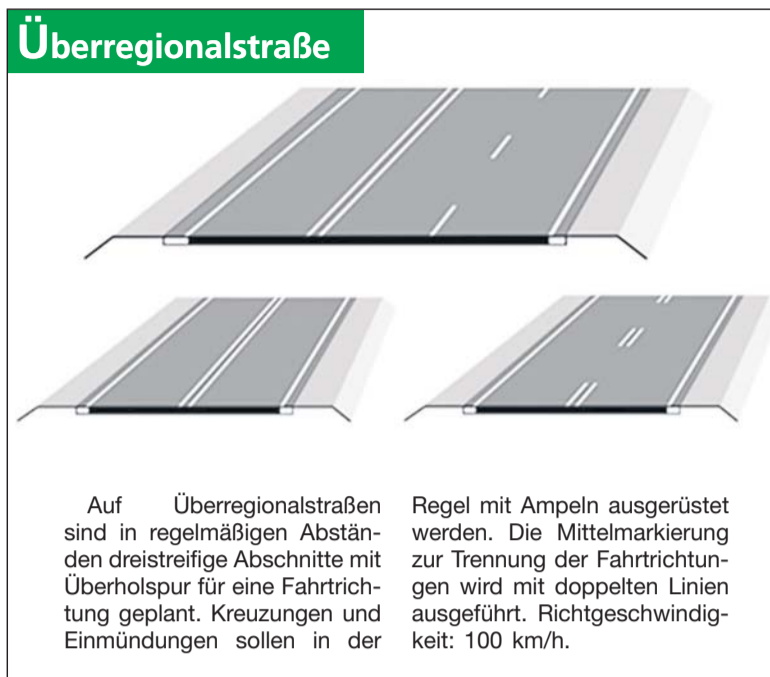
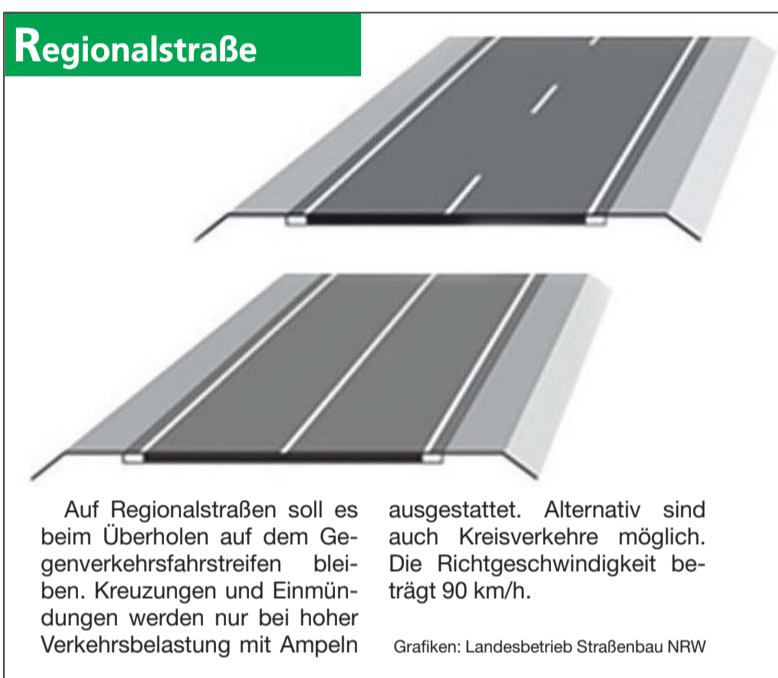
Bielefeld (WB). Der Bund will die Landstraßen in Deutschland sicherer machen und damit Hunderte Verkehrstote verhindern. Deshalb sind die sogenannten Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL) überarbeitet worden. Künftig sollen Fernstraßen überall im Land durchgängig mit drei Fahrstreifen gebaut werden. In Ostwestfalen-Lippe sind davon fünf Großbauprojekte betroffen.

Etwa 60 Prozent aller tödlichen Unfälle in Deutschland ereignen sich nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums auf Landstraßen. »Vor allem das Überholen ist auf Landstraßen gefährlich«, sagt Ralf Collatz, Sprecher der Bielefelder Regionalniederlassung des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC). Die neuen Vorgaben sollen Überholvorgänge erleichtern und den Bau von Landstraßen, also sowohl von Bundes- als auch Landesstraßen, bundesweit vereinheitlichen.

In OWL wirkt sich die Richtlinie nach Angaben des Landesbetriebs Straßenbau NRW unter anderem auf den geplanten Bau des A 33-Zubringers Bielefeld-Ummeln aus, der den Ostwestfalendamm Richtung Gütersloh verlängern soll. Zudem sollen die Verlängerung der Ostwestfalenstraße (L 712n) vom Bielefelder Ortsteil Altenhagen bis zur Herforder Straße, die Ortsumgehung Lage (B 239n), die Ortsumgehung Minden (B 65) sowie die Ortsumgehung Herzebrock-Clarholz (B 64) nach den neuen Richtlinien gestaltet werden. Bis auf die Ortsumgehung Herzebrock-Clarholz, die vom Land in ihrer Priorität herabgestuft wurde, befinden sich diese Straßenbauprojekte in der Planungsphase beziehungsweise im Planfeststellungsverfahren.

Die Mehrkosten für die Überplanung dieser Straßen hielten sich in Grenzen, weil nur Details verändert werden müssten, sagt Sven Johanning, Sprecher der Bielefelder Regionalniederlassung des Landesbetriebs Straßenbau NRW. Auch auf die Planfeststellungsverfahren wirke sich die Neuerung nicht aus. Die Umrüstung bereits bestehender Landstraßen dürfte allerdings teuer werden. Auf welche Summe sich diese Ausgaben belaufen werden, könne niemand abschätzen, heißt es. Deshalb sollen die neuen Vorgaben erst im Zuge von Aus- und Umbaumaßnahmen zur Anwendung kommen.

Mehr als zehn Jahre lang haben Behörden, Verbände und Verkehrspolitikern unter Federführung der Forschungsgemeinschaft für



Die Landstraßentypen werden nach dem Verkehrsaufkommen unterschieden. Fernstraßen haben die höchste Verkehrsdichte.

Straßen- und Verkehrswesen an den Richtlinien gearbeitet. Wird künftig eine Landstraße gebaut, auf der viel Verkehr zu erwarten ist, soll sie über einen »Zwei-plus-eins-Querschnitt« verfügen. Das bedeutet, dass die Straße insgesamt drei Fahrspuren hat. In bestimmten Abständen soll eine Fahrtrichtung über zwei Spuren verfügen. Ganz neu sei diese Idee allerdings nicht, sagt Johanning: »Das machen wir zum Teil schon seit 20 Jahren.« In OWL verfügen beispielsweise die Ostwestfalenstraße (L 712/B 252) von Bielefeld bis Warburg, die B 482 zwischen Porta Westfalica und Petershagen, die B 1 zwischen Horn-Bad Meinberg und Salzkotten, die B 64 zwischen Paderborn und Brakel und die B 239 bei Marienmünster bereits abschnittsweise über einen »Zwei-plus-eins-Querschnitt«.

Ein Gewinn des neuen Regelwerks sei vor allem die Vereinheitlichung der Straßenzüge, erläutert

Johanning. Während sich auf deutschen Autobahnen ein einheitliches Bild präsentiere, träfen Autofahrer auf Landstraßen auf Kreuzungen mit und ohne Ampeln

sowie Kreisverkehre, manchmal auch auf Auffahrten wie bei Autobahnen. Damit soll in Zukunft Schluss sein. Deshalb sehen die neuen Vorgaben in der Entwurfs-

klasse eins (Fernstraßen mit hoher Bedeutung und viel Verkehr) nur noch das Ein- und Ausfädeln bei sogenannten Knotenpunkten vor. Für die anderen drei Klassen sind je nach Verkehrsaufkommen Ampeln, Kreisverkehre oder Kreuzungen mit Vorfahrt-Regelung vorgesehen.

Die neuen Richtlinien sollen darüber hinaus nicht nur fahrdynamische Anforderungen berücksichtigen, sondern auch psychologische Aspekte beim Erkennen und Begreifen des Fahrtraumes stärker als bislang einbeziehen. So werden Fernstraßen zum Beispiel mit einem grünen, ein Meter breiten Mittelstreifen versehen, der beide Fahrtrichtungen räumlich voneinander trennt. Vorgaben für Geschwindigkeiten enthalten die Richtlinien übrigens nicht; sie empfehlen lediglich Richtgeschwindigkeiten. Kritiker werten das als einen Sieg der Tempolimit-Gegner.



Die Ostwestfalenstraße zwischen Bielefeld und Warburg verfügt teilweise schon über einen »Zwei-plus-eins-Querschnitt«.

Angeklagte zeigt Reue

Kindermädchen des Unternehmer-Ehepaares gibt Erklärung ab

Von Rajkumar Mukherjee

Bielefeld (WB). Im Verfahren um den Überfall auf ein Bielefelder Unternehmer-Ehepaar hat das frühere Kindermädchen gestern Reue gezeigt und sich für die Tat entschuldigt. Der Anwalt der 20-Jährigen verlas dazu eine Erklärung.

von seinem Kollegen Georgios Terzakis übernommen hatte, verlas ihre Erklärung. »Sie hat voll umfänglich eingeräumt, dass es einen genauen Tatplan zur Überwindung des Ehepaares gab, um so an die Tresorkombination zu kommen«, sagte Kaiser. Ursprünglich hatte die Frau ausgesagt, es sei nur ein Diebstahl der Wertsachen geplant gewesen – vor der Rück-

kehr der Eheleute.

Diese Erklärung wertete die Jugendgerichtshilfe als »glaubhafte Reue«, wie eine Mitarbeiterin vor Gericht sagte. Auf die Frage, ob die Angeklagte aufgrund ihres Alters »eher als Jugendliche oder als Erwachsene« einzuschätzen sei, attestierte die Jugendgerichtshilfe der Angeklagten eine »Reifeverzögerung«. Sie sei »oft auf sich alleine gestellt« gewesen, habe eine »Sehnsucht nach Anerkennung« und solle nach Jugendstrafrecht beurteilt werden.

Nebenklagevertreter Dr. Detlev Binder konfrontierte den 23-jährigen Bänder mit dem Inhalt eines Telefonats, in dem dieser laut eines Überwachungsprotokolls über einen Geldbetrag von 10 000 Euro gesprochen haben soll. Auch soll er gesagt haben, »öfters solche Geschäfte« durchzuführen. Das Telefonat fand am 28. Juli 2013, mehr als einen Monat nach dem Überfall, statt. »Kann es sein, dass Sie vielleicht öfters solche Taten gemacht haben?«, fragte Binder. »Nein, das war nur Rumpfabrede«, sagte der Angeklagte.

Das Verfahren wird am Dienstag, 11. Februar, fortgesetzt.



Die Angeklagte hatte die Idee zur Tat. Foto: Hans-Werner Büscher

Klage gegen Sexsteuer

Dortmund/Gelsenkirchen (dpa). Am Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat gestern eine Verhandlung über die Sexsteuer der Stadt Dortmund begonnen. Die Stadt verlangt von Prostituierten pro Tag sechs Euro. Dagegen setzen sich die Prostituierten zur Wehr, weil schon Clubs, in denen sie arbeiten,

eine auf Quadratmeter bezogene Sexsteuer zahlen müssen. Das halten sie für eine unzulässige Doppelbesteuerung. Zudem stelle die Steuer eine Beeinträchtigung der Berufsfreiheit dar. Die Clubsteuer war vor zwei Jahren vom Oberverwaltungsgericht Münster für zulässig erklärt worden.

Bündnis wirbt um Bürgermeister

Alle OWL-Kommunen sollen Protest gegen Landesentwicklungsplan mittragen

Bielefeld (WB). Die »Detmolder Erklärung« des Regionalrats gegen den Landesentwicklungsplan liegt auch allen 70 Bürgermeistern in Ostwestfalen-Lippe vor. Regionalratschef Reinold Stücke (CDU) lädt in einem Begleitschreiben die Stadtoberhäupter und Räte ein, sich der Initiative anzuschließen. Bei der Schlussberatung am 24. Februar soll ein möglichst breites Bündnis aus Politik und Verbänden zustande kommen.

Der Entwurf zum neuen Landesentwicklungsplan war, wie berichtet, bei den Kreisen, Kommunen, Kammern und Gewerkschaften auf heftigen Widerstand gestoßen. Er sieht vor, den Flächenverbrauch in NRW langfristig auf null zu sen-

ken. Deswegen fürchten Betriebe um Erweiterungsmöglichkeiten, Dörfer um ihre Zukunft und Städte um ihre Planungshoheit. Sie wollen auch künftig noch Neubaugebiete ausweisen können.

Stücke stellte klar, dass die Erklärung bislang noch nicht unterschrieben ist. Allerdings sei auch verabredet, den jetzt vorliegenden Entwurf inhaltlich nicht mehr abzuändern. Stücke: »Der Text steht, alle sind eingeladen, das Anliegen zu unterstützen.« Im Übrigen rechnet Stücke im

SEK-Zugriff auf Parkplatz

Bielefeld (WB/ca). Großer Polizeierfolg: Nach monatelangen Ermittlungen des Bielefelder Kommissariats für Organisierte Kriminalität haben SEK-Beamte am Dienstag auf dem Bielefelder Ikea-Parkplatz einen Drogendeal vereitelt. Sie nahmen fünf Männer und eine Frau fest und stellten zwei Kilogramm Kokain und fünf Kilogramm Marihuana im Verkaufswert von mehr als 100 000 Euro sicher. Seit November hatten die Bielefelder mit der bayerischen Polizei gegen Drogenlieferanten ermittelt, die mit großen Mengen handeln sollten. Die Ermittler erfuhren unter anderem, dass es im Raum Bielefeld einen Drogenbunker geben sollte, von dem aus Dealer in Deutschland beliefert werden. Möglicherweise durch abgehörte Kommunikation erfuhr die Kripo schließlich von dem Treffen auf dem Ikea-Parkplatz. Bei den Tatverdächtigen handelte es sich um drei Männer (22, 40 und 44 Jahre), die in den Niederlanden leben, sowie zwei Männer (21 und 23 Jahre) und eine Frau (24) aus Gütersloh. Die fünf Männer gingen in Untersuchungshaft, die Frau blieb auf freiem Fuß.

Förderverein für Medizin-Fakultät

Bielefeld (WB/MiS). Noch bis Ende März soll die Gründungsver-sammlung für einen Förderverein zur Errichtung einer Medizinischen Fakultät an der Uni Bielefeld stattfinden. Ihre Mitgliedschaft angekündigt haben neben der Stadt Bielefeld die IHK Ostwestfalen, die Ärztekammer Westfalen-Lippe, die Kreise Lippe, Paderborn, Höxter und Gütersloh sowie das Klinikum Bielefeld, die Hospitalvereinigung Weser-Egge (Höxter), das Franziskus Hospital Bielefeld, das Klinikum Herford sowie das Evangelische Krankenhaus Bielefeld.

Stadt nimmt Kampfhund mit

Bielefeld (WB/hz). Mitarbeiter des Bielefelder Ordnungsamtes haben den Ridgeback-Stafford-Mischling sichergestellt, der vergangene Woche einen Hundehalter (57) und sein Tier angefallen und verletzt hatte. Der Mischling sei zur Gefahrenabwehr an einen sicheren Ort gebracht worden. Nach Angaben der Behörde sei der Hund erneut ohne Leine und Maulkorb herumgelaufen. Dem 30 Jahre alten Hundebesitzer fehle zudem der Sachkundenachweis zum Führen von Kampfhunden.

Bordellbesuch hat Folgen

Dormagen (dpa). Ein Bordellbesuch junger Gefangener an Weihnachten 2013 hat juristische Folgen für einen Ex-Mitarbeiter des Modellprojekts »Jugendstrafvollzug in freien Formen«. Der Träger des Projekts reagierte mit einer Anzeige. Der Sozialpädagoge soll drei Teilnehmern des Projekts den Bordellbesuch ermöglicht haben, bestätigte das Raphaelshaus in Dormagen. Justizminister Kutschy (SPD) hat das Projekt deshalb beendet. Der Sozialpädagoge soll inzwischen gekündigt haben.



Reinold Stücke, Chef im Regionalrat OWL

Regionalrat noch mit einer abweichenden Stellungnahme der Grünen, die sich als einzige Partei der »Detmolder Erklärung« nicht angeschlossen haben.

Der frühere Landrat im Kreis Paderborn unterstützt das Ziel, sparsamer mit Freiflächen umzugehen, im Grundsatz seit langem. Aber eine Reduzierung auf null sei nicht machbar, sagt Stücke: »Der Text steht, alle sind eingeladen, das Anliegen zu unterstützen.« Im Übrigen rechnet Stücke im